

VD / Postulat Noger-St.Gallen / Cozzio-Uzwil / Freund-Eichberg / Kündig-Rapperswil-Jona
(72 Mitunterzeichnende) vom 6. Juni 2016

Perspektiven der Waldwirtschaft im Kanton St.Gallen

Antrag der Regierung vom 16. August 2016

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat zu den Perspektiven der Waldwirtschaft im Kanton St.Gallen Bericht zu erstatten und allfällige Massnahmen vorzuschlagen. Insbesondere soll eine breite Auslegeordnung präsentiert und auf folgende Themen eingegangen werden [...] – dies unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Sie wird weiter eingeladen, unter Einbezug der gesetzlich vorgesehenen Fördertatbestände allfällige Massnahmen vorzuschlagen.»

Begründung:

Die Regierung anerkennt, dass die wirtschaftliche Situation der Waldwirtschaft aufgrund der ungünstigen Wechselkursverhältnisse des Schweizer Frankens schwierig ist, und hat dies bereits in der Antwort auf die Einfache Anfrage 61.15.40 ausgeführt. Angesichts der besonderen Stellung des Waldes in unserer Gesellschaft erscheint eine Berichterstattung zu den Perspektiven der Waldwirtschaft im Kanton St.Gallen unter Einbezug der gesetzlich vorgesehenen Fördertatbestände legitim, wobei anzustreben ist, die vorhandenen Mittel gezielter und effizienter einzusetzen. Diese Betrachtung soll darüber hinaus angesichts des Umstands, dass die Währungssituation nicht nur die Waldwirtschaft, sondern alle Wirtschaftsbereiche mit einem grösseren Aussenhandelsanteil betrifft und zudem nicht auf den Kanton St.Gallen beschränkt ist, im gesamtwirtschaftlichen Kontext erfolgen. Einbezogen werden soll insbesondere auch die gesamtschweizerische Situation und diejenige in den mit St.Gallen vergleichbaren Kantonen. Mit der Berichterstattung sollen auch Aussagen zur Tauglichkeit der im Jahr 2009 eingeführten neuen Waldorganisation WaldSG und der in diesem Zusammenhang stehenden Zielsetzungen gemacht werden. Die allenfalls resultierenden Massnahmen sollen in diesem Kontext weder wettbewerbsverzerrend wirken noch zu Ungleichheiten gegenüber anderen Branchen führen.